

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 31.03.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:37 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Frau Stange
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 24.02.2025	0742/25
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Nutzung von Pyrotechnik zum Jahreswechsel – Teil V Unfälle und Angriffe Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Frau	0240/25

- Wahl und Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
- 5.2. Nutzung von Pyrotechnik zum Jahreswechsel – Teil VI **0241/25**
Feuerwehreinsätze
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Wahl und Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
- 5.3. Staatsangehörigkeitsrecht: Wie ist die Personalsituation bei der Einbürgerung? **0377/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
- 5.4. Stadttaubenpopulation in Erfurt: Wie geht die Stadtverwaltung mit dem Schlag im Rathaus weiter um? **0471/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 6.1. Fortschreibung Kriminalitätsatlas **1007/21**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister
Leiterin der Geschäftsstelle KPR
- 6.1.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 1007/21 - Fortschreibung Kriminalitätsatlas **1058/21**
- 6.2. Öffentlich, kostenlos, sichtbar - Die Nette Toilette **1893/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister
- 6.3. Einsatz der Gemeindearbeiter in den Ortsteilen **1960/24**
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt
- 6.4. Anreiz für Hundeführerschein/Sachkunde: Ergänzung der Tatbestände für allgemeine Steuerermäßigungen der **2330/24**

- Hundesteuer
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater
- 6.5. Silvester für alle schön **0858/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe
- 6.6. Reform der Erfurter Hundesteuersatzung **0859/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater
7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom **0603/25**
24.02.2025 zum TOP 5.2 - Stand Toilettenbewirtschaftungskonzept...(DS 1965/24) hier: barrierefreie Toilette am Domplatz
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt
8. Informationen
- 8.1. Information zur Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 1893/24 – „Öffentlich, kostenlos, sichtbar - Die Nette Toilette“ **0850/25**
BE: Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung
- 8.2. Mündliche Informationen
- 8.2.1. Feuerwehrbedarfsplan und Ehrenamtsförderung **0897/25**
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
- 8.2.2. Immobilien der Freiwilligen Feuerwehr in Erfurt **0903/25**
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Schwarz
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit
- 8.3. Sonstige Informationen

1. **Eröffnung und Begrüßung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die anwesenden Gäste sowie die Vertreter der Ämter. Zu diesem Zeitpunkt waren zwölf stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Anschließend begrüßte die Ausschussvorsitzende Frau Stange die neue Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, Frau Langguth, zu ihrer ersten Sitzung als Beigeordnete im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt. Frau Langguth bedankte sich und erklärte, dass sie sich auf die Aufgaben und eine konstruktiv Zusammenarbeit mit dem Ausschuss freue.

2. **Änderungen zur Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass folgende Tagesordnungspunkte auf Wunsch des Einreichers auf die nächste Sitzung am 02.06.2025 vertagt werden sollen:

- TOP 6.1, Drucksache 1007/21 – Fortschreibung Kriminalitätsatlas, Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- TOP 6.3, Drucksache 1960/24 – Einsatz der Gemeindearbeiter in den Ortsteilen, Einreicher Fraktion CDU
- TOP 6.4, Drucksache 2330/24 – Anreiz-Hundeführerschein/Sachkunde, Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Des Weiteren schlug sie vor, die Tagesordnungspunkte:

- TOP 6.2 Drucksache 1893/ 24 – Öffentlich, kostenlos sichtbar – DIE Nette Toilette und
- TOP 8.1 Drucksache 0850/25 Information zur Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 1893/24

aufgrund des Sachzusammenhanges gemeinsam zu beraten. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Herr Schade, Fraktion SPD & PIRATEN, bat darum, die Tagesordnungspunkte:

- TOP 5.1 Drucksache 0240/25 – Nutzung von Pyrotechnik zum Jahreswechsel – Teil V Unfälle und Angriffe, Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Frau Wahl und Herr Robeck,

- TOP 5.2 Drucksache 0241/25 – Nutzung von Pyrotechnik zum Jahreswechsel – Teil VI Feuerwehreinsätze und
- TOP 6.5 Drucksache 0858/25 – Silvester für alle schön Berichterstatter: Vertreter der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN

gemeinsam zu beraten und die Drucksache 0585/25 separat abzustimmen. Auch dagegen erhob sich kein Widerspruch von Seiten der Ausschussmitglieder.

Anschließend informierte die Ausschussvorsitzende darüber, dass folgende Drucksachen zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen:

- mündliche Information, Feuerwehrbedarfsplan und Ehrenamtsförderung, Drucksache 0897/25 Antragsteller: Frau Stange, Fraktion Die Linke
- mündliche Information, Immobilien Drucksache 0903/25, Antragstellerin Frau Schwarz, Fraktion Die Linke

Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, sprach sich gegen die Aufnahme der Drucksachen aus, da nach § 13 Abs. 2 GeschO Ausschussmitglieder nur eine mündliche Information zu einem aktuellen Thema beantragen. Zudem sind die Anforderungen für eine mündliche Informationen so, dass sich auf einen Sachverhalt jeweils nur zwei Einzelfragen beziehen dürfen. Die Aktualität sei in beiden Fällen nicht gegeben, ebenso beziehen sich die Einzelfragen auf zwei unterschiedliche Sachverhalte.

Frau Stange begründete die Aktualität mit den derzeitig stattfindenden Jahreshauptversammlungen der freiwilligen Feuerwehren.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende Frau Stange die Aufnahme der Drucksache 0897/24 in die Tagesordnung zur Abstimmung:

bestätigt: **Ja: 9** **Nein: 0** **Enthalten: 3**

Somit wurde die benötigte Mehrheit erreicht und die Drucksache wird unter dem Tagesordnungspunkt 8.2.1. beraten.

Anschließend stellte Frau Stange die Aufnahme der Drucksache 0903/25 in die Tagesordnung zur Abstimmung:

bestätigt: **Ja: 10** **Nein: 0** **Enthalten: 2**

Somit wurde die benötigte Mehrheit erreicht und die Drucksache wird unter dem Tagesordnungspunkt 8.2.2. beraten.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

bestätigt: **Ja: 12** **Nein: 0** **Enthalten: 0**

3. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 24.02.2025 0742/25

Es liegt ein schriftlicher Einwand von Frau Pietsch, Fraktion CDU, gegen die Niederschrift vor. Die beantragte Änderung der Niederschrift bezog sich auf TOP 4 Niederschrift aus der Sitzung vom 24.02.2025, welche wiederum Bezug auf die Korrektur der Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2025 nahm wie folgt:

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 27.01.2025 0364/25

Frau Pietsch, Fraktion CDU, bat darum, den letzten Satz unter sonstigen Informationen wie folgt zu ändern:

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt bittet darum, dass die Verwaltung zu den Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren einen Vertreter ~~des Amtes~~ **der Amtsleitung** für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz entsendet.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende die geänderte Niederschrift zur Abstimmung:

genehmigt mit Änderungen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

5.1. Nutzung von Pyrotechnik zum Jahreswechsel – Teil V Unfälle und Angriffe 0240/25 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Frau Wahl und Herr Robeck hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 5.2 und 6.5 beraten.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hatte Nachfragen bezüglich der Angriffe auf Polizisten und hinterfragte die Gesamtkosten der Feuerwehreinsätze in der Silvesternacht. Bezugnehmend auf den Antrag seiner Fraktion in der Drucksache 0858/25 erklärte er, dass dieser ein Weg zu einem sicheren Silvester sein könnte. Des Weiteren könnte der

Ausschuss für Kultur und Theatertransformation bei einem Fest auf dem Domplatz mit zentralem Feuerwerk mit einbezogen werden. Er wies darauf hin, dass Silvester für viele, egal ob Mensch oder Tier, eine große Belastung darstelle.

Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, berichtete aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung im Polizeidienst, dass die Angriffe auf Polizisten in den letzten Jahren zugenommen hätten. Auch seien zusätzliche Kontrollen zur Einhaltung des Böllerverbotes nicht leistbar. Oft seien die Verstöße der Unvernunft der Leute geschuldet, die zudem unter Alkohol- oder Drogeneinfluss stünden. Für ein generelles Böllerverbot sei das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz zuständig und nicht die Stadt Erfurt. Des Weiteren hinterfragte sie die Kosten und Umsetzungsmöglichkeiten eines zentralen Festes auf dem Domplatz.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange merkte an, dass der Verwaltung laut Stellungnahme keine finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stünden, um das Konzept umzusetzen und die Verwaltung den Antrag daher ablehne. Zudem könne der Stadtrat ein generelles Pyrotechnikverbot nicht anordnen. Im Namen ihrer Fraktion Die Linke, erklärt sie, dass der Antrag populär klinge, allerdings gäbe es derzeit dringendere Probleme im Bereich Märkte und Stadtfeste in der Kulturdirektion. Eine schnelle Lösung wird es nicht geben können. Die Erfurter Altstadt müsse geschützt werden, ebenso wie die dörflichen Strukturen. Hier bedarf es einer generellen Entscheidung. Auch sei zu bedenken, dass Bürger und Bürgerinnen aus den Ortsteilen an Silvester nicht problemlos zum Domplatz und nachhause zurückkommen. Dies beziehe sich auf den Nahverkehr sowie die Taxisituation in der Silvesternacht. Die Fraktion Die Linke werde den Antrag zur heutigen Sitzung daher nicht positiv bewerten.

Herr Metz, sachkundiger Bürger, erklärte, dass er grundsätzlich gegen Böller sei. Dies sei seine persönliche Meinung. Er wies darauf hin, dass es bereits ein Böllerverbot für die Erfurter Altstadt gebe. Des Weiteren wies er auf die ohnehin schon angespannte Lage der Polizei und des Stadtordnungsdienstes in der Silvesternacht hin. Er merkte an, dass Leute, die Böllern möchten, dieses auch trotz eines zentralen Feuerwerkes tun werden. Das Problem würde sich nur in andere Straßen oder auf andere Plätze verlagern. Auch sollte der Aufwand eines zentralen Festes mit dem tatsächlichen Nutzen abgewogen werden. Er schlug vor, bei den Bürgern für mehr Verständnis zu werben. Dies sei seiner Meinung nach sinnvoller.

Herr Robeck verwies hier auf den Beschlusspunkt 03, in welchem steht, dass das bestehende Böllerverbot wirksamer umgesetzt werden sollte. Auch gäbe es schon entsprechende Kampagnen, aber auch hier müsse der Informationsfluss verbessert werden. Das Nichteinhalten des Verbotes von Pyrotechnik stelle ein Sicherheitsrisiko dar, daher müsse die Verwaltung hier stärker darauf einwirken. Herr Robeck äußerte, dass eine Umsetzung in diesem Jahr noch schwierig wäre, aber mit dieser Vorlage sei man auf dem richtigen Weg. Daher bat er um Zustimmung zur Drucksache.

Herr Schade, Fraktion SPD & PIRATEN, bedankte sich bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Einbringung der Vorlage. Er fügte hinzu, dass es wichtig sei, das Verbot von Pyrotechnik zu kontrollieren. Er ergänzte, dass über das Konzept zur Umsetzung eines

zentralen Festes auf dem Domplatz noch einmal nachgedacht werden müsse, da die Kulturdirektion schon jetzt mit der Umsetzung aller bisherigen Feste ausgelastet sei. Es sollte darüber nachgedacht werden, die Organisation des Festes extern auszuschreiben, auch könne jeder, der ein Fest anmeldet, dieses auf dem Domplatz veranstalten. Er äußerte, dass eine Lasershow auf dem Domplatz durchaus einen positiven Aspekt haben könnte.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt, erklärte, dass der Antrag einige gute Ansätze habe, sie werde sich dennoch bei der heutigen Abstimmung dazu enthalten. Sie schlug vor, gemeinsam an einem Antrag zu arbeiten und das Konzept auch erstmal nur für ein Jahr zu testen. In vergleichbaren Städten wie Kassel, Aachen oder Regensburg gäbe es bereits solche zentralen Feiern in der Silvesternacht. Des Weiteren schlug sie vor, an die Lärmbelastung der Haustiere zu erinnern und auch das Müllproblem in den Vordergrund zu stellen. In diesem Zusammenhang sprach sie ein großes Lob an die Mitarbeiter der Stadtwirtschaft aus, welche in kürzester Zeit die Stadt wieder sauber bekommen.

Frau Landherr, Fraktion Die Linke, wies darauf hin, dass der Umgang mit Pyrotechnik nicht nur ein Problem in der Innenstadt sei, sondern auch in den Ortsteilen. Es sei richtig etwas dagegen zu tun, allerdings habe man da lokal wenig Chancen etwas zu erreichen. Derzeit werde mit dem Verkauf von Feuerwerkskörpern noch sehr viel Geld verdient, erst wenn der Verkauf reduziert werde, werde auch das Zünden von Feuerwerkskörpern weniger.

Herr Robeck bedankte sich für die konstruktiven Beiträge und schlug vor, die Beratung zu beenden. Des Weiteren bat er darum, auf ein Votum durch den Ausschuss zur Drucksache 0858/25 – Silvester für alle schön - zu verzichten, die Drucksache aber dennoch für die Mai-Sitzung des Stadtrates vorzusehen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange beendete die Diskussion und die Ausschussmitglieder einigten sich darauf zur Drucksache 0858/25 – Silvester für alle schön - kein Votum abzugeben.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Nutzung von Pyrotechnik zum Jahreswechsel – Teil VI Feuerwehreinsätze 0241/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Wahl und Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 5.1 und 6.5 beraten.

Siehe Tagesordnungspunkt 5.1

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Staatsangehörigkeitsrecht: Wie ist die Personalsituation bei der Einbürgerung? 0377/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN, bedankte sich für die Beantwortung der Anfrage und bat darum, die noch offenen Stellen schnellstmöglich zu besetzen. Des Weiteren ging er auf verloren Klageverfahren und die damit verbundenen Prozesskosten ein.

Der Leiter des Bürgeramtes äußerte, dass die Verfahren zur Besetzung der offenen Stellen derzeit laufen. Allerdings werden nicht alle offenen Stellen mit den zur Verfügung stehenden Bewerbern besetzt werden können. Dann sei angestrebt, die Ausschreibungen als Dauerausschreibungen weiterlaufen zu lassen.

zur Kenntnis genommen

- 5.4. Stadttaubenpopulation in Erfurt: Wie geht die Stadtverwaltung mit dem Schlag im Rathaus weiter um? 0471/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Da die Nachfrage von Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nicht beantwortet werden konnte, einigten sich die Ausschussmitglieder auf folgende Festlegung:

<p>Bezugnehmend auf die Beantwortung der Anfrage (DS 0471/24) erklärte Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass bereits Tauben im Rathaus nisten würden. Unter diesen Umständen sei es aus seiner Sicht sinnvoll, den Prozess zur Nutzung des bereits fertig eingerichteten Taubenschlages im Rathaus anzustoßen. Dies sollte unter Hinzuziehung der Mitarbeiter des Rathauses erfolgen. Da der Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes nicht anwesend war, sagte Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit eine schriftliche Beantwortung zu.</p> <p>T.: 02.06.2025 V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit</p>	<p>0951/25</p>
---	----------------

zur Kenntnis genommen

6. Vorberaterung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 6.1. Fortschreibung Kriminalitätsatlas 1007/21**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister
Leiterin der Geschäftsstelle KPR

Siehe Tagesordnungspunkt 2 Änderung der Tagesordnung.

vertagt

- 6.1.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 1007/21 - Fortschreibung Kriminalitätsatlas 1058/21**

vertagt

- 6.2. Öffentlich, kostenlos, sichtbar - Die Nette Toilette 1893/24**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8.1 beraten.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, die Drucksache 1893/24 zu vertagen. Er sagte zu, den Sitzungsdienst zu informieren, sobald die Drucksache 1893/24 erneut aufgerufen werden soll.

vertagt

- 6.3. Einsatz der Gemeindearbeiter in den Ortsteilen 1960/24**
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Siehe Tagesordnungspunkt 2 Änderung der Tagesordnung.

vertagt

Die anwesende Hundetrainerin und Sachverständige des Landes Thüringen für Gefahrenhunde stellte sich und ihre Tätigkeit kurz vor. Sie ging darauf ein, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Beißvorfälle gestiegen seien. Dies hänge auch damit zusammen, dass durch die Corona Pandemie viele Hundehalter keine Hundeschule besuchen konnten. Des Weiteren fügte sie hinzu, dass es bei Hunden, deren Haltereinen sog. Hundeführerschein besäßen, in den letzten Jahren zu keinen Beißvorfällen gekommen sei. Sie erklärte, dass ein Modell denkbar sei, mit dem Anreize zum Erwerb eines Hundeführerscheins geschaffen werden könnten. Dies könnte z. B. eine Ermäßigung auf die Hundesteuer für einen begrenzten Zeitraum sein. Viele Hundehalter würden bereits freiwillig einen Hundeführerschein bzw. Sachkundenachweis ablegen, um so ein kompetenterer Hundehalter zu sein.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, erkundigte sich nach der Umsetzung und ob der Hundeführerschein nur für bestimmte Hunderassen gedacht sei.

Herr Grote, sachkundiger Bürger, erkundigte nach den Kosten für den Erwerb eines Hundeführerscheins und ob diese für Personen, die kein oder wenig Geld haben, übernommen bzw. erstattet werden.

Die zuständige Abteilungsleiterin der Stadtkämmerei erklärte, dass die Hundesteuersatzung eine Satzung sei, um eine Steuerungswirkung zu verwirklichen und aber auch, um Einnahmen für die Stadt zu generieren, welche dem Gesamthaushalt zufließen würden. Auszahlungen für den Erwerb eines Hundeführerscheins können hierüber nicht direkt erfolgen. Die Satzung ermöglicht lediglich die Ermäßigung oder den Erlass der Hundesteuer.

Frau Pietsch fragte nach, ob die Hundetrainer staatlich geprüft seien oder ob es feste Regeln oder Richtlinien für die Abnahme des Hundeführerscheines gäbe.

Die anwesende Hundetrainerin erklärte, dass gewerblich tätige Hundetrainer eine Genehmigung vom Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt benötigen. Des Weiteren äußerte sie, dass es für einen Hundeführerschein verschiedene Modelle gäbe, allerdings würde eine Begleithundeprüfung ihrer Einschätzung nach nicht ausreichend sein. Sie fügte hinzu, dass sich die Kosten für den Hundeführerschein bei Gruppenangeboten auf ca. 50 EUR belaufen.

Herr Schade wies darauf hin, dass der Hundeführerschein wichtig sei. Dieser alleine werde allerdings nicht ausreichen, da es zu Kapazitätsproblemen in den Hundeschulen kommen könnte. Des Weiteren gäbe es keine festgelegten Anforderungen für Hundeführerscheine und auch andere Angebote wie z. B. die Welpenschule. Er fügte hinzu, dass es bei der Drucksache nicht nur um einen Hundeführerschein gehe, sondern um Steuerermäßigungen für Hundehalter, die ihren Hund schulen lassen.

Herr Robeck schlug vor, ein Modell für Steuerermäßigung durch den Erwerb eines Hundeführerscheins zu entwickeln. Auch sollten Hundebesitzer, die ihren Hund steuerlich anmelden, über diese Möglichkeiten informiert werden.

Herr Grote erkundigte sich nach den finanziellen Verlusten, die der Landeshauptstadt Erfurt durch mögliche Mindereinnahmen entstehen würden.

Die zuständige Abteilungsleiterin der Stadtkämmerei erklärte, dass die Landeshauptstadt Erfurt derzeit ca. 1,2 Mio. EUR Einnahmen durch die Hundesteuer habe. Zudem seien derzeit ca. 11.000 Hunde in der Landeshauptstadt steuerpflichtig angemeldet. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass die Hundesteuersätze seit dem Jahr 2010 unverändert seien und daher auch modifiziert werden müssten.

Der Leiter des Bürgeramtes ergänzte, dass es ein Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden gäbe. Hier sind Maßnahmen zwingend erforderlich, diese unterliegen keiner Freiwilligkeit. Des Weiteren gibt es keine gesetzliche Verzahnung zwischen der steuerlichen Behörde und dem Ordnungsamt. Dies sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

Auf die Nachfrage von Frau Pietsch zu den Mindereinnahmen der Landeshauptstadt Erfurt erklärte der Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/Sitzungsdienst, dass diese genannt werden können, wenn die tatsächlichen Tatbestände festgelegt werden.

Herr Robeck schlug vor, bei der Kalkulation der Mindereinnahmen nur die Neuanmeldungen zu berücksichtigen. Er erklärte, dass diese Summe vertretbar sei, da es ja auch zu geringeren Kosten im Bereich des Rettungsdienstes käme.

Der Abteilungsleiter Dezernatskoordinierung/Sitzungsdienst wies darauf hin, dass diese Rechnung nicht korrekt sei. Er begründet dies mit der Steuergerechtigkeit, welche für alle Hundebesitzer gelten müsse und nicht nur für die Hundebesitzer die einen neuen Hund anmelden.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange schlug vor, erst eine neue Hundesteuersatzung zu erarbeiten und diese im Anschluss im Ausschuss zu beraten.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende die Drucksache 0859/25 in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung zur Abstimmung:

bestätigt mit Änderungen Ja 5 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom 0603/25
24.02.2025 zum TOP 5.2 - Stand Toilettenbewirtschaftungskonzept...(DS 1965/24) hier: barrierefreie Toilette am Domplatz
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt**

Es lagen keine Fragen oder Anmerkungen vor.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Information zur Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 1893/24 – „Öffentlich, kostenlos, sichtbar - Die Nette Toilette“ 0850/25
BE: Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.2 beraten.

Siehe Tagesordnungspunkt 6.2.

zur Kenntnis genommen

8.2. Mündliche Informationen

- 8.2.1. Feuerwehrbedarfsplan und Ehrenamtsförderung 0897/25
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Stange
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, ging auf die in der mündlichen Information vorliegenden Fragen ein und erklärte, dass es wichtig sei, den Feuerwehrbedarfsplan zu evaluieren. Des Weiteren ging sie auf die Fragen zum Abfluss der finanziellen Mittel für das Maßnahmenpaket zur Ehrenamtsförderung der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Erfurt ein. Bezugnehmend auf die Nachfrage zum Reparaturfond der Gerätehäuser erklärte Frau Langguth, dass dieser in der Hoheit des Amtes für Gebäudemanagements läge.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz bestätigte die Aussagen von Frau Langguth und ergänzte, dass eine Information über den Mittelabfluss des Reparaturfonds der Gerätehäuser durch das Amt für Gebäudemanagements erfolgen müssen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE, bat um eine detaillierte Aufstellung des Mittelabflusses des Reparaturfonds für die Gerätehäuser. T.: 02.06.2025 V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit unter Hinzuziehung des Beigeordneten für Bau, Verkehr und Umwelt	DS 0952/25
--	------------

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange bat dringend um eine Information zum Sachstand und dem Zeithorizont zur Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes bis zur nächsten Ausschusssitzung am 02.06.2025.

Frau Langguth ging noch einmal auf den Investitionsstau ein und erklärte, dass es immer zwei Seiten gäbe. Sie habe Verständnis für die anstehenden Investitionswünsche und erklärte, dass daran gearbeitet werde.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz äußerte, dass er gern die ihm bekannten Informationen weiter gebe, allerdings sei die in den Jahreshauptversammlungen geäußerte Kritik für ihn nicht nachvollziehbar, da sich immer transparent ausgetauscht wurde und derzeit auch alles gut laufe.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, erklärte, dass es im Amt für Gebäudemanagement durchaus engagierte Mitarbeit gäbe, die über ihren Tellerrand hinaus schauen würden. Diese hätten auch die Belange der freiwilligen Feuerwehren im Blick und würden auch auf dem kurzen Dienstweg Hilfe leisten bzw. unterstützen. Sie betonte, dass es eine gute Zusammenarbeit sei und sie diesen Umstand gern im Protokoll festgehalten haben möchte.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betonte noch einmal, dass es wichtig sei, den Stand der Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes auf die Tagesordnung zu setzen. Des Weiteren sei er skeptisch, ob es genügend Personal im Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz gäbe.

zur Kenntnis genommen

8.2.2. Immobilien der Freiwilligen Feuerwehr in Erfurt 0903/25
Fragesteller: Fraktion Die Linke, Frau Schwarz
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, ging auf die Fragen zum Sanierungsstau und der Nichteinhaltung des Trennungsgebotes von Umkleideräumen und Duschen der Kameradinnen und Kameraden in den Feuerwehrhäusern ein und ergänzte die weiteren Projekte der Feuerwehr, wie z. B. die Planung und der Bau der neuen Leitstelle und das Abarbeiten der Prioritätenliste. Auf die Frage zur Sauberkeit in den Feuerwehrhäusern erklärte Frau Langguth, dass die Freiwilligen Feuerwehren ihre Gebäude in Eigenverantwortung reinigen. Sollte es erforderlich sein, erfolgt auf Anforderung an das Amt für Gebäudemanagement einmal im Jahr eine Grundreinigung. Ergänzend dazu sprach Frau Langguth die verbesserungswürdigen Arbeitsbedingungen im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt an.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz erklärte, dass die Feuerwache in Marbach vor 15 Jahren gebaut wurde. Zur damaligen Zeit waren Feuerwehrfrauen eher selten. Derzeit sei man bemüht, hinsichtlich der fehlenden Raumabtrennung, Abhilfe zu schaffen. Bezug nehmend auf das Thema Sauberkeit äußerte er, dass es sich hier um einen "Dauerläufer" handelt. Die Bedarfsreinigung liegt in eigener Zuständigkeit der Kameradinnen und Kameraden. Auf Antrag werden jährlich bis zu 5 Häuser einer Grundreinigung unterzogen, dieses sei auch für 2025 beabsichtigt. Da dem komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz die aktuelle

Liste der gemeldeten Reinigungsbedarfe¹ nicht vorlag, sagte er zu, diese Information nachzureichen.

Auf die Nachfrage von Frau Pietsch, Fraktion CDU, generell alle Feuerwehrgerätehäuser im 2-Jahresrhythmus einmal einer Grundreinigung zu unterziehen, erklärte der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, das diesbezüglich erst die Mittel im Haushalt eingestellt werden müssten.

zur Kenntnis genommen

8.3. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. K. Stange
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in

¹ redaktionelle Anmerkung: Die gemeldeten Reinigungsbedarfe für die Feuerwehrgerätehäuser liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.